

Bundesamt für Wohnungswesen (BWO)

Bern, 7. Juli 2017

Per Mail an: recht@bwo.admin.ch

Fonds de Roulement / MM

Bundesbeschluss über einen Rahmenkredit zur Aufstockung des Fonds de Roulement zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus

Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen hat sich in ihrem Positionspapier «[Mehr Wohnungen – weniger Subventionen](#)» von 2013 klar zur staatlichen Wohnbauförderung geäußert: Subventionen im Wohnungsmarkt führen zu Preisverzerrungen und setzen falsche Anreize. Namentlich auf Bundesebene ist der Streuverlust der Objekthilfe gross – auch im Falle einer indirekten Förderung über den Fonds de Roulement. Wie bei den regional unterschiedlichen raumplanerischen Voraussetzungen ist der Immobilienmarkt der Schweiz sehr heterogen. Eine nationale Förderung zur Verbilligung des Wohnraums widerspricht darum diesen unterschiedlichen Bedürfnissen der Kantone und Regionen. Insbesondere in städtischen Gebieten ist günstiger Wohnraum sehr gefragt, wird aber bereits entsprechend gezielt mit kommunalen bzw. kantonalen Massnahmen gefördert. Hinzu kommt, dass sich der Wohnungsmarkt in den letzten Jahren wieder deutlich entspannt hat und die Leerstandsziffern zunehmen.

Anstatt also mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, braucht es Bürokratieabbau und weitere Liberalisierungsschritte. Denn ein genügend grosses Angebot an Wohnraum ist der beste Schutz vor zu hohen Miet- und Immobilienpreisen. Diesbezüglich weist die FDP explizit darauf hin, dass die fast gleichzeitig zur Diskussion gestellte Verschärfung der Lex Koller kontraproduktiv ist, da sie das Wohnungsangebot künstlich beschränken würde. Darum sollte viel eher auf die Vereinfachung der kantonalen Planungs- und Baurechte hingewirkt werden. So kann der Wohnraum dort erstellt werden, wo er nachgefragt wird und der administrative Aufwand für das Bauen entscheidend reduziert werden.

Die FDP ist davon überzeugt, dass die Weiterführung der nationalen Wohnbauförderung keiner Notwendigkeit mehr entspricht. Wie bereits in der parlamentarischen Beratung im Jahr 2003 zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum ([02.023](#)) will die FDP die Bundesverfassung respektieren und die Mittel für den Fonds de Roulement nicht per sofort streichen. Der Fonds beinhaltet aktuell noch 510 Mio. CHF und wird für die kommenden Jahre über genügend Mittel verfügen, um rund 800 Wohnungen pro Jahr zu unterstützen. Im Zusammenspiel mit der Unterstützung über das Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz (WEG) in Form von Bürgschaften für Anleihen der Emissionszentrale für gemeinnützige Wohnbauträger steht eine völlig ausreichende nationale Wohnraumförderung zur Verfügung. Die FDP lehnt folglich den vorgeschlagenen Rahmenkredit zur Erweiterung des Fonds de Roulement um 250 Mio. CHF für den Zeitraum von 10 Jahren ab. Hingegen begrüsst die FDP die vom Bundesrat empfohlene Ablehnung der Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen». Die Forderungen der Initianten sind weder realistisch umsetzbar noch marktkonform.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Handwritten signature of Petra Gossi in black ink.

Petra Gossi
Nationalrätin

Der Generalsekretär

Handwritten signature of Samuel Lanz in black ink.

Samuel Lanz